2012.SR.000225 (12/419)

Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli): Ein Befreiungsschlag für den Kanton Bern - von 382 auf 40 politische Gemeinden!

Strukturelle Probleme des Kantons Bern
Der Kanton Bern steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Seit Jahren wächst die Bevölkerung unterdurchschnittlich, gut gebildete Einwohnerinnen wandern überdurchschnittlich häufig ab, die Überalterung schreitet voran. Die Wirtschaftskraft des Kantons Bern und damit auch das Steueraufkommen ist im Schweiz weiten Vergleich unterdurchschnittlich. Der Regierungsrat zeigt in seiner Wirtschaftsstrategie 2025 die mannigfaltigen Defizite in wirtschaftlicher Hinsicht nüchtern auf.

Fehlender finanzieller Handlungsspielraum des Kantons Bern
Der Kanton Bern ist mit über einer Milliarde Franken der grösste Nettobezüger aus dem interkantonalen Finanzausgleich. Ein überdurchschnittlicher Teil der Bevölkerung ist aufgrund der Strukturschwäche auf Subventionen oder andere staatliche Zuwendungen angewiesen. Eine massgebliche Verbesserung der Haushaltsituation des Kantons Bern zeichnet sich in den nächsten Jahren nicht ab; vielmehr rechnet der kantonale Finanzhaushalt für die nächsten Jahre mit einer massiven Neuverschuldung, was den Handlungsspielraum weiter einschränken wird.

Der Kanton als Entwicklungshindernis von Stadt und Region Bern
Weder die selbstkritische Analyse noch die wirtschaftlichen und finanziellen Fakten, noch der Mahnfinger des Bundes und die kritischen Äusserungen anderer Kantone haben bisher die politisch Verantwortlichen auf Kantonsebene dazu bewegen vermocht, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit der Kanton Bern ohne Zuwendungen Dritter auskommt, geschweige denn ein attraktives Investitions- und Steuerklima zu schaffen, um finanziellen Handlungsspielraum zu gewinnen und nach Jahrzehnten der Talfahrt nun endlich wieder an Profil und wirtschaftlicher Stärke dazu zu gewinnen. Anstatt die städtischen Zentren als Motoren einer Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, haben Grosser Rat und Regierungsrat in der letzten Zeit gegenteilige Entscheide getroffen; offensichtlich steht der Stadt-Landgraben über dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse. Die Entscheide über die Standorte der Berner Fachhochschule und die Streichung des direkten Flughafenbuses vom HB Bern zum Flughafen Bern-Belp sind symptomatisch für dieses Denkmuster in der kantonalen Politik.

Ein wesentliches Entwicklungshindernis sind die althergebrachten, komplizierten und kleinräumigen Strukturen des Kantons Bern. Heute verfügt der Kanton Bern trotz abnehmender Bevölkerungszahl noch immer über 382 Einwohnergemeinden und damit sehr aufwändige und kostenintensive Strukturen, und dies obwohl immer mehr staatliche Aufgaben für kleine Gemeinden nicht bewältigbar sind und es gleichzeitig immer anspruchsvoller wird, die zahlreichen Ämter in den Gemeinden zu besetzen.

Bisherige Kleinfusionen aus der Not
Seit Jahren sind Fusionen von einzelnen Gemeinden in Diskussion, einzelne wurden auch umgesetzt. Die bisherigen Fusionen betrafen in den meisten Fällen sehr kleine Gemeinden, die sich zusammenschlossen oder einer grösseren Gemeinde anschlossen. Ein kantonsübergreifender Impuls kann aber mit diesem Konzept nicht ausgelöst werden.

Neustrukturierung der Gemeinden als Chance
Mit einer umfassenden Neustrukturierung der Gemeinden des Kantons Bern auf neu ca. 40 politische Gemeinden für das ganze Kantonsgebiet könnten nach einer Übergangsphase nicht nur massive Einsparungen in der Verwaltung vorgenommen werden, sondern die Gemeinden an sich auch gestärkt werden. Den neuen Gemeinden käme ein anderes politisches und wirtschaftliches Gewicht zu als bisher. In der Raumplanung gäbe es den dringend nötigen Handlungsspielraum, damit sich Agglomerationen wie Bern weiter entwickeln könnten. In der Verkehrsplanung würden sich ganz andere Möglichkeiten eröffnen. Einer Hauptstadtgemeinde Bern gäbe diese Neustrukturierung die Chance, in die Liga von Basel und Genf aufzusteigen. Als Beispiel für diese Neustrukturierung kann (muss aber nicht) der Kanton Glarus dienen, der an der Landsgemeinde 2006 in einem ersten Schritt 25 Einheitsgemeinden gebildet und in einem zweiten Schritt diese per 1. Januar 2011 zu drei neuen Gemeinden fusioniert hat.[1]

Die Kantonshauptstadt als Initialisatorin
Mit Bern, Biel, Thun und Köniz liegen 4 der 12 grössten Städte der Schweiz im Kanton Bern. Sie müssen ein immanentes Interesse an einer Neustrukturierung der Gemeinden haben. Es ist deshalb in erster Linie an der Stadt Bern als Kantonshauptstadt und grösste dieser Städte die Führungsrolle zu übernehmen und die Diskussion über eine Zukunft in neuen Strukturen anzustossen.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf,
1. innert zwei Jahren eine umfassende Studie unter Beizug externer Experten zur Neustrukturierung des Kantons Bern in neu ca. 40 Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung der Konsequenzen für die Stadt(-region) Bern zu erstellen;
2. beim Regierungsrat des Kantons Bern zu verlangen, dass dieser ein kantonales Projekt für die Neustrukturierung der Gemeinden des Kantons Bern von bisher 382 auf ca. 40 Gemeinden lanciert.

Bern, 5 Juli 2012

Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Jacqueline Gafner Wasem, Dolores Dana, Mario Imhof, Alexander Feuz, Dannie Jost, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Alexandre Schmidt, Claude Grosjean, Michael Köpfli, Jürg Weder, Peter Ammann, Kurt Hirsbrunner, Martin Schneider, Sonja Bietenhard

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidverantwortung beim Gemeinderat.

[1] Vgl. www.gl.ch (GL2011 - das Projekt); Schlussbericht über die Umsetzung der Gemeindestrukturreform „GL 2011“ des Regierungsrates an den Landrat vom 22. Februar 2011; für Details: Romana Kronenberg, Die Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus, Diss. Uni Zürich, 2011.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass der Kanton Bern heute auf kommunaler Ebene über Strukturen verfügt, die wenig geeignet sind, die enormen Herausforderungen der Gegenwart und erst recht der Zukunft adäquat anzugehen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die kleinkammerigen Gemeindestrukturen im Kanton Bern nicht nur ein Entwicklungshindernis für den gesamten Kanton darstellen, sondern auch dazu beitragen, dass das Verständnis in der kantonalen Politik und in ländlichen Gebieten des Kantons für die Bedürfnisse der urbanen Regionen, die den Kanton Bern volkswirtschaftlich wesentlich stützen, teilweise fehlt. Auch der Gemeinderat stellt immer wieder fest, dass Entscheide auf kantonaler Ebene gefällt werden, die einerseits nicht im Interesse einer zukunftsorientierten Entwicklung des Kantons liegen, die andererseits aber insbesondere auch das Verhältnis zwischen den städtischen Agglomerationen und den ländlichen Teilen des Kantons belasten.

Der Gemeinderat hat durchaus Verständnis für die Ansprüche und teilweise auch Ängste der ländlichen Kantonsgebiete. Gemeinden in diesen Gebieten sind oft mit existentiellen Herausforderungen konfrontiert: Abwanderung, schwache Wirtschaftsstrukturen, hohe Steuerbelastungen. Behörden und Bevölkerung dieser Gemeinden engagieren sich trotzdem oder vielleicht noch vehementer für ihre Gemeinden und Regionen. Dass die Aussichten auf grundsätzliche Veränderungen in diesen Gebieten Befürchtungen und Abwehrreflexe gegenüber den urbanen Räumen und den Agglomerationen des Kantons auslösen können, mag verständlich erscheinen, auch wenn ein Verharren in überkommenen Strukturen die anstehenden Probleme dieses Kantons nicht lösen kann.

Auch wenn Gemeindefusionen allein die derzeitigen Schwierigkeiten des Kantons Bern nicht bewältigen können und zu berücksichtigen ist, dass ländliche Gemeinden aufgrund des teilweise kleineren Leistungsangebots und des oft ehrenamtlich erbrachten Engagements an sich relativ effizient funktionieren, ist der Gemeinderat überzeugt, dass der Kanton Bern dringend Überlegungen anstellen müsste, wie die kommunale Ebene neu und zukunftsgerichtet strukturiert werden könnte. Zwar sind gewisse - teils zaghafte - Fortschritte zu erkennen, und Beispiele wie die Fusion von acht Gemeinden mit und um Fraubrunnen weisen in die richtige Richtung. Ebenso offensichtlich ist indessen, dass die Entwicklung vorderhand nicht in grossen Schritten verläuft und auf der Zeitachse voraussichtlich weiterhin grosse Distanzen beanspruchen wird.

So sehr der Gemeinderat an einer Vertiefung der Grundlagen für grossräumige Neustrukturierungen der kommunalen Ebene interessiert ist, so deutlich ist er auch der Meinung, dass es nicht an der Stadt Bern sein kann, diese Grundlagen in der Form einer umfassenden Studie zu initialisieren und zu finanzieren. Klarerweise wäre es Aufgabe des Kantons, die Arbeiten in dieser Richtung voranzutreiben. Vor allem aber ist zu bedenken, dass ein solches Signal der Stadt Bern die erwähnten Abwehrhaltungen möglicherweise nur noch verstärken würde. Anzustreben ist jedoch ein Dialog zwischen Stadt und Land, der die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen und einen zukunftsgerichteten Weg für eine moderne Entwicklung des Kantons - auch gerade bezüglich seiner Gemeindestrukturen - aufzeigen kann. Aus diesen Gründen lehnt der Gemeinderat Punkt 1 der Motion ab.

Da der Gemeinderat grundsätzlich mit der Stossrichtung der Motion einverstanden ist und eine grundlegende Überprüfung der Strukturen der bernischen Gemeindelandschaft ebenfalls für erforderlich hält, ist er einverstanden mit Punkt 2 der Motion. Er wird demnach beim Regierungsrat vorstellig werden und die Lancierung eines kantonalen Projekts zur Neustrukturierung der Gemeinden des Kantons Bern anregen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 der Motion abzulehnen und Punkt 2 als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 19. Dezember 2012

Der Gemeinderat